

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 14. bis 27. März 2011 sind eine besonders gute Gelegenheit, um sich mit Erscheinungsformen, Auswirkungen und Strategien zur Überwindung von antimuslimischem Rassismus auseinander zu setzen. Werden Sie aktiv:

- Thematisieren Sie in Schulen, Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen antimuslimischen Rassismus und laden Sie hierzu auch Muslime ein.
- Fragen Sie Ihre Wahlkreisabgeordneten und andere Vertretungen politischer Parteien nach antimuslimischen und rassistischen Einstellungen innerhalb ihrer Partei und wie damit umgegangen wird.
- Diskutieren Sie dieses Flugblatt im Familien- und im Freundeskreis. Sprechen sie dabei auch eventuelle Konfliktpunkte im Zusammenleben an. Geben Sie dieses Faltblatt an Freunde und Bekannte weiter.
- Nehmen Sie an Online-Befragungen zum Zusammenleben von Muslimen und Nichtmuslimen teil und wirken sie durch Leserbriefe und Kommentare in Internet-Blogs an der Meinungsbildung mit. Überlassen Sie dieses Feld nicht denen, die an einem friedlichen Zusammenleben kein Interesse haben.
- Muslimische Gemeinden können durch Moscheeführungen und Informationsveranstaltungen über die Angebote in Moscheevereinen (Deutschkurse, Jugendarbeit, Frauenarbeit) informieren. Kirchen können muslimische Gemeinden zu Besuchen und Gesprächen einladen.

Bitte informieren Sie den Interkulturellen Rat über Veranstaltungen zu diesen Themen, damit sie in einen Veranstaltungskalender aufgenommen werden können, den wir zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus veröffentlichen.

Zu Diskriminierungserfahrungen von Muslimen wurden in den letzten Monaten mehrere Studien und Expertisen veröffentlicht, die über die Homepages der Herausgeber kostenlos heruntergeladen oder angefordert werden können:

Bundesweites Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen (Hrsg.): Starke Frauen, schwerer Weg! Zur Benachteiligung muslimischer Frauen in der Gesellschaft. Darmstadt, September 2010 (www.interkultureller-rat.de)

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.): Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben – Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen. Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung und Handlungsempfehlungen. Von Mario Peucker (europäisches forum für migrationsstudien, Bamberg), August 2010 (www.antidiskriminierungsstelle.de)

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.): Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben – Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen. Diskriminierungen von Musliminnen und Muslimen im Arbeitsleben und das AGG. Rechtswissenschaftliche Expertise von Prof. Dr. jur. Dorothee Frings, August 2010 (www.antidiskriminierungsstelle.de)

Open Society Institute (Hrsg.): Muslims in Europe: A Report on 11 EU Cities. Dezember 2009. Im Rahmen der europaweiten Studie wurden auch Studien zur Situation in Hamburg und in Berlin gefertigt (www.soros.org)

Weitere Informationen:

Interkultureller Rat in Deutschland

Goebelstr. 21, 64293 Darmstadt
Tel.: 06151 - 33 99 71, Fax: 06151 - 39 19 740
info@interkultureller-rat.de
www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de

Januar 2011

Aktiv gegen antimuslimischen Rassismus



INTERNATIONALE WOCHEN
GEGEN RASSISMUS 2011

Interkultureller Rat
in Deutschland



Rassismus in all seinen Erscheinungsformen verstößt gegen die Menschenrechte. Er missachtet die Würde der Betroffenen und gefährdet den gesellschaftlichen Frieden. Rassismus richtet sich in der Regel gegen Minderheiten und Angehörige sozial benachteiligter Gruppen.

Gegenwärtig sind in Deutschland ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen besonders weit verbreitet. Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Oktober 2010 sind mehr als 58 Prozent der Bevölkerung in Deutschland der Auffassung, das Recht auf freie Religionsausübung sollte für Muslime erheblich eingeschränkt werden. Und mehr als 55 Prozent können »es gut verstehen, dass manchen Leuten Araber unangenehm sind«.

Thilo Sarrazin wurde mit seinem Buch zum Sprecher dieser Mehrheit. Der Autor, aber auch ein großer Verlag und auflagenstarke Zeitungen wie BILD und SPIEGEL haben auf dem Rücken von Muslimen viel Geld verdient. Sarrazin behauptet, dass Muslime sich aufgrund biologischer und kultureller Anlagen nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren können und wollen. Das ist Rassismus.

Etwa vier Millionen Muslime leben in Deutschland, fast die Hälfte von ihnen sind Deutsche. Wie andere auch streben sie nach Bildung, beruflichem Erfolg und gesellschaftlicher Anerkennung.

Erfahrungen der Ausgrenzung

Dabei stoßen Muslime in Deutschland immer wieder an Grenzen, die signalisieren:
»Ihr gehört nicht dazu! Wir wollen Euch nicht!«

- In Boulevardzeitungen und in Talk-Shows werden Vorurteile gegenüber dem Islam transportiert und darüber diskutiert, »wie viel Islam wir noch vertragen«;
- In rechtsextremen und antimuslimischen Internet-Blogs werden Muslime verächtlich gemacht und es wird offen zur Gewalt gegen Muslime aufgerufen;
- Parteien und Bewegungen mobilisieren mit Angst vor Muslimen für demokratiefeindliche Zwecke;
- Prominente Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien erklären »Multikulti« für tot und ziehen daraus den Schluss, »dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen«.

Dieses gesellschaftliche Klima der Ausgrenzung hat Konsequenzen:

- Muslime sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit türkisch oder arabisch klingenden Namen werden auf dem Arbeitsmarkt oftmals benachteiligt. Bei gleicher Qualifikation werden sie seltener zu Bewerbungsgesprächen eingeladen und erhalten seltener ein Arbeitsplatzangebot.
- Im Bildungs- und Ausbildungssystem erhalten muslimische Schülerinnen und Schüler trotz guter Leistungen nur selten die Empfehlung zum Besuch einer weiterführenden Schule. Bei der Vergabe von Stipendienplätzen werden sie benachteiligt. Muslimische Studierende haben geringere Chancen bei der Suche

nach Plätzen für ein Pflichtpraktikum im Rahmen des Studiums oder für ein Referendariat.

- Auf dem Wohnungsmarkt, im Gesundheitssystem und beim Einkauf von Waren und Dienstleistungen sind Muslime überproportional häufig von Unfreundlichkeit und dem Nichterbringen einer Leistung betroffen.
- Herablassendes und ablehnendes Verhalten in der Öffentlichkeit, Pöbeleien, Beleidigungen und Beschimpfungen in öffentlichen Verkehrsmitteln sind seitens nichtmuslimischer Deutscher insbesondere gegenüber kopftuchtragenden Frauen an der Tagesordnung.

Aktiv gegen antimuslimischen Rassismus

Bundespräsident Christian Wulff hat in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit darauf hingewiesen, dass der Islam längst zu Deutschland gehört.

Die Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einer multikulturellen und multireligiösen Einwanderungsgesellschaft entwickelt. In dieser Form des Zusammenlebens sind Probleme und Konflikte etwas ganz Normales. Sie müssen benannt, erörtert und im Rahmen der geltenden Rechtsordnung ausgetragen werden. Dann können sie eine Gesellschaft voranbringen.

Antimuslimischer Rassismus kann durch Informations- und Bildungsarbeit und ein gelebtes Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen überwunden werden.